

Über 2024 will keiner hinausblicken

Berlin äußert sich zur Finanzierungslücke der Autobahn GmbH – SPD spricht von „Unterfinanzierung“

Von Lukas Götz

Berlin. Die Nachricht, dass der Autobahn GmbH des Bundes in den Jahren 2025 bis 2028 rund 5,5 Milliarden Euro fehlen, hat in der Region für Frust und große Irritationen gesorgt. Unsere Zeitung berichtete am Freitag und Samstag darüber. Lokalpolitiker haben sich bereits dazu geäußert. Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) nimmt sogar an, dass die finanzielle Lücke doppelt so groß sein könnte. Die Autobahn GmbH Südbayern hatte von nötigen Sparmaßnahmen gesprochen. Eine gewichtige Stimme fehlte aber noch, die des Bundesverkehrsministeriums.

„Grundsätzlich gilt: Projekte, die sich bereits im Bau befinden, werden unverändert fortgeführt. Im Jahr 2024 stehen hierfür ausreichend Mittel zur Verfügung“, sagte ein Sprecher des Ministeriums auf Anfrage der Mediengruppe Bayern. Zu den Jahren zwischen 2025 und 2028, die laut Mitteilung der Autobahn GmbH ja die Problemjahre sind, äußert sich das Ministerium dagegen nicht explizit. Stattdessen verweist es auf die Forderung von Minister Volker Wissing (FDP) zur Einrichtung eines Infrastrukturfonds. Diesen hatte er ins Spiel gebracht, um die Finanzierung auf sicherere Beine zu stellen.

Die Mitteilung des Ressorts lässt Raum für Interpretationen. Die naheliegendste ist, dass die Finanzierung für die Jahre 25 bis 28 eben noch nicht gesichert ist. Für die Bundesregierung und insbesondere den Verkehrsminister ist das ein herber Rückschlag: Im vergan-



An der Anschlussstelle bei Pocking (Lkr. Passau) entsteht aktuell das Autobahndreieck, das künftig die A 3 mit der A 94 verbinden soll. Die Fertigstellung ist für 2026 geplant, doch sie könnte sich aufgrund der Finanzierungslücke verzögern. – Foto: Autobahn GmbH/Felix Bonn

genen Jahr hatte die Ampel-Koalition, nach monatelangem Streit und auf Drängen der FDP, sich den beschleunigten Autobahnausbau auf die Fahnen geschrieben. Vor allem die Grünen hatten sich damals mit der FDP gestritten. Sie priorisieren Sanierung vor dem Neubau.

Die SPD gibt unumwunden zu, dass nicht genug Geld da ist: „Die Kostenexplosion macht sich jetzt bemerkbar. Die Kosten sind durch einen Anstieg

des Materialaufwands und eine Erhöhung der Tarife gestiegen. Das führt dazu, dass die Projekte unterfinanziert sind“, sagte der zuständige Berichterstatter der Fraktion, Jürgen Berghahn, unserer Zeitung. Seiner Ansicht nach muss mehr Geld in das System eingestellt werden. Gemeint sind wohl Schulden.

Die Grünen schieben die Verantwortung für die Misere den Vorgängern Wissings zu: „Scheuer und seine CSU-Vor-

gänger haben Brücken und Fahrbahnen jahrelang auf Verschleiß gefahren. Das gilt es nun zu beenden“, sagte Stefan Gelhaar, verkehrspolitischer der Grünen-Fraktion im Bundestag. „Die vorhandenen Mittel werden nun ausreichen müssen.“ Im Haushalt 2024 seien das sechs Milliarden Euro, was darüber hinaus ist, dazu lässt sich Gelhaar nicht ein. Er erklärt: „Es muss priorisiert werden – nicht nur beim Geld, auch beim Einsatz der Fachkräfte.“

Daraufverweist auch das Ministerium: „Die Autobahn GmbH treibt die Planung und Umsetzung ihrer Projekte engagiert und mit entsprechender Prioritätensetzung voran.“

In der Politik ist „priorisieren“ ein anders Wort für Sparen. Es bleibt der Eindruck: Geld für das laufende Jahr ist da. Was dann kommt, weiß derzeit keiner so genau. Für die Autobahnprojekte in Südostbayern verheißt das nichts Gutes.